



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 15
13.04.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 36 % bzw. 35 %, SPD bei 31 % bzw. 30 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Sicherung der Altersvorsorge am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	---

Wirtschaft:	Erwartungen eher pessimistisch
-------------	--------------------------------

Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Pkw-Maut, Flüchtlingspolitik
-------------------------	------------------------------

Wichtigste Themen:	Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein
--------------------	---

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	36 (-)	35 (-)
SPD	30 (+1)	31 (-2)
FDP	6 (+1)	6 (+1)
DIE LINKE	8 (-1)	9 (+1)
B'90/Grüne	7 (-)	7 (-)
AfD	8 (-)	9 (-)
Sonstige	5 (-1)	3 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.	06.-12.04.

Die Union liegt bei forsa 6 (-1) und bei Emnid 4 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	43 (+1)
Schulz	32 (+1)
keinen von beiden	25 (-2)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 11 (-) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

90 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (-) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 82 % (+4) für Merkel und 8 % (-2) für Schulz entscheiden.

76 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 16 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.04.2017)

Problemlösungskompetenz

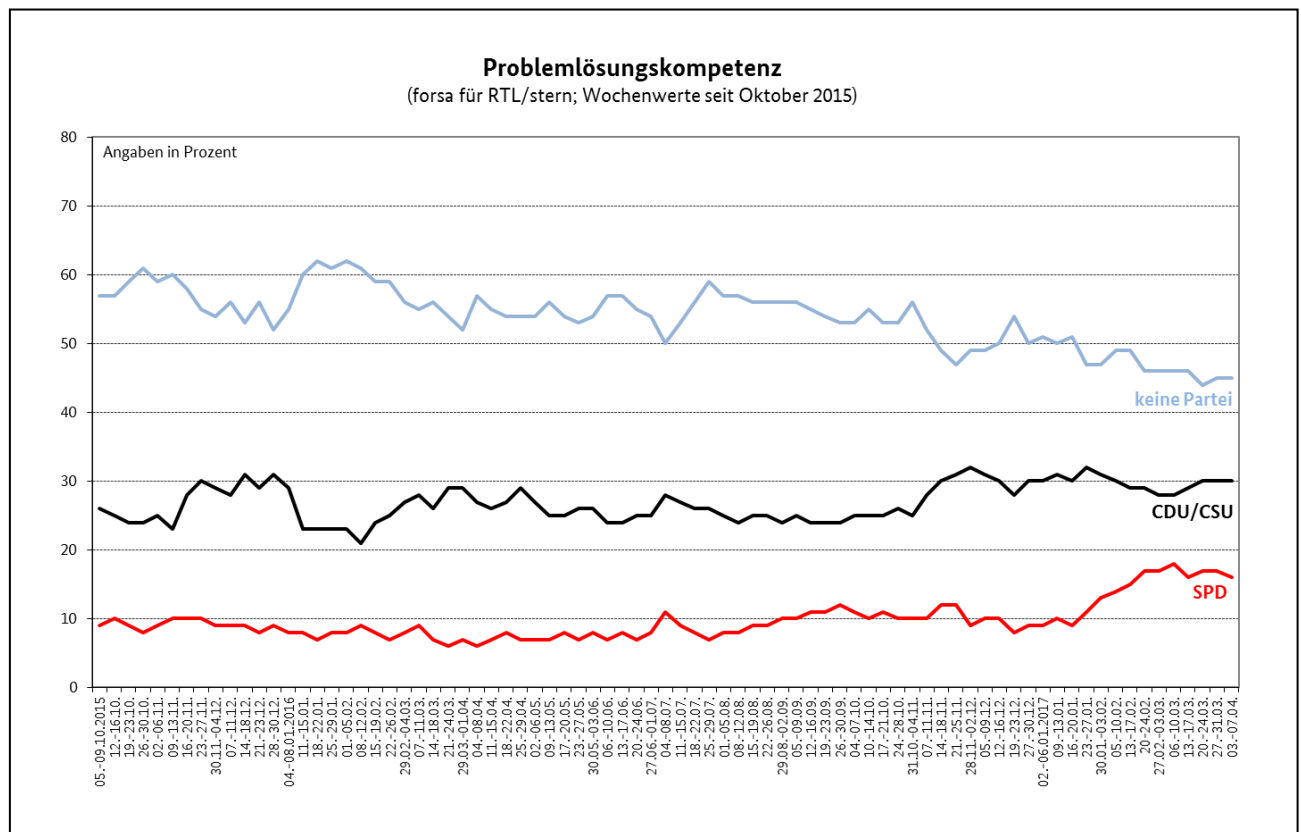
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	30	(-)
SPD	16	(-)
sonstige Parteien	9	(+1)
keine Partei	45	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

45 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

72 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 48 % (-3) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im April 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	66 (-6)	30 (+4)	2 (+1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+2)	29 (-3)	3 (-)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (+2)	35 (-3)	5 (+2)	1 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	56 (-7)	38 (+5)	5 (+2)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-4)	40 (+3)	4 (+1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (+3)	42 (-4)	5 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-7)	45 (+6)	7 (-)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-1)	41 (+5)	13 (-)	1 (-3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (-5)	51 (+6)	6 (-1)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-)	47 (+5)	9 (-4)	3 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	39 (-7)	45 (+5)	14 (+1)	2 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-1)	46 (+2)	10 (-)	7 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (-4)	50 (+5)	13 (-1)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (-1)	51 (-)	13 (+3)	2 (-2)
neue Technologien fördern	29 (-1)	53 (+2)	14 (-2)	3 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	29 (-2)	52 (+2)	16 (+1)	2 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-3)	47 (-4)	19 (+4)	5 (+2)
Verbraucherschutz stärken	25 (-4)	57 (+4)	14 (-1)	2 (+1)
Staatsschulden begrenzen	24 (-5)	54 (+8)	17 (-3)	3 (-)
für Preisstabilität sorgen	22 (-3)	59 (+2)	16 (+1)	1 (-2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	18 (-5)	60 (+3)	18 (+3)	2 (-)
Erhebungszeitraum	05.-11.04.2017			

Die Bildungspolitik und die langfristige Sicherung der Altersversorgung sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Anhängern der Linkspartei (78 %) und von 50- bis 59-Jährigen (75 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (71 % zu 61 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (70 % zu 61 %).

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit wird von Anhängern der AfD (93 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Über 50-Jährige (66 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (65 %) nennen diese Aufgabe überdurchschnittlich oft, unter 30-Jährige (49 %) und Anhänger der Grünen (31 %) unterdurchschnittlich oft. Den Umwelt- und Klimaschutz betrachten Anhänger der Grünen (69 %) besonders häufig als sehr wichtig

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen April 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2017

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	75 (+2)	15 (-3)
neue Technologien fördern	71 (+4)	20 (-4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (-3)	26 (+3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-)	26 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	66 (+1)	30 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+5)	32 (-6)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-2)	33 (+2)
für Preisstabilität sorgen	60 (-3)	32 (-)
Staatsschulden begrenzen	58 (-5)	33 (+3)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (-)	39 (-)
Verbraucherschutz stärken	56 (-1)	34 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (+4)	36 (-6)
Energiewende zügig vorantreiben	56 (+2)	39 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	52 (+2)	42 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (+2)	43 (-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	47 (-1)	45 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	43 (+1)	53 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	41 (-1)	55 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	38 (+3)	57 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-2)	59 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-2)	64 (-)
Erhebungszeitraum	05.-11.04.2017	

In 14 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (75 %) und das Fördern neuer Technologien (71 %).

Im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 5 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch der Aufgabenbereich „neue Technologien fördern“ und "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" (+4 Prozentpunkte) wird im Vergleich zum Vormonat häufiger als sehr bzw. eher gut bewertet.

Im Politikfeld "Staatsschulden begrenzen" bewertet dagegen ein um 5 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

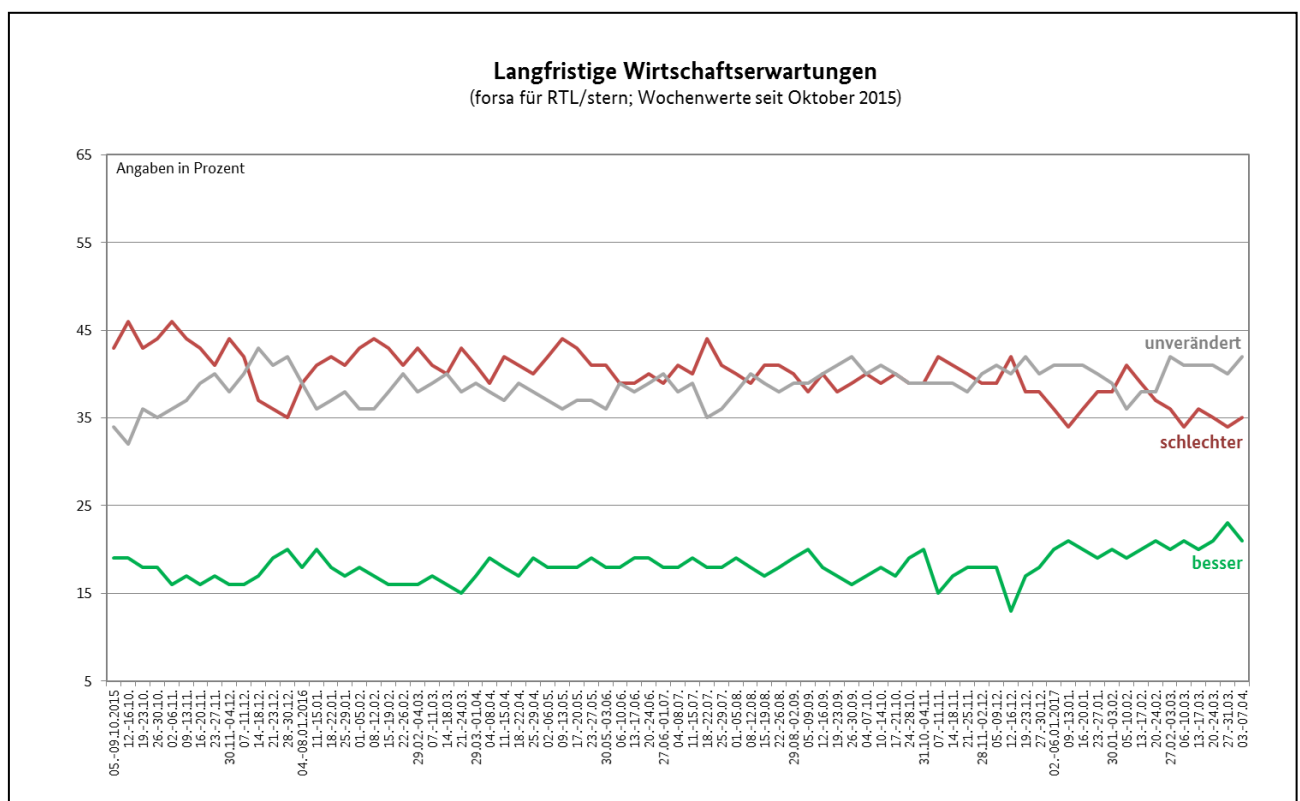
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	21	(-2)
schlechter	35	(+1)
unverändert	42	(+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 14 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	51 (+4)
eher in die falsche Richtung	41 (-3)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.

Gutverdiener (57 %), Anhänger der Union (68 %), der FDP (65 %) und der SPD (59 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Ostdeutsche (48 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung, Personen mit mittlerem Einkommen und 30-bis 44-Jährige (jew. 46 %) sowie für Anhänger der AfD (81 %) und der Linkspartei (67 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	87 (-)	13 (-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	65 (-3)	28 (+3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49 (-2)	49 (+1)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43 (-)	50 (-)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	42 (-1)	54 (+1)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	40 (-)	55 (-1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35 (-3)	63 (+2)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	33 (-1)	64 (+3)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	32 (-)	66 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (65 %) (sehr) zufrieden. In fünf von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Gutverdiener (78 %), unter 30-Jährige (72 %) und formal höher Gebildete (71 %) sowie Anhänger der Union (77 %), der FDP (75 %) und der Grünen (73 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt. Personen mit formal niedrigerer Bildung (40 %), Ostdeutsche (39 %) und Geringverdiener (38 %) sowie Anhänger der AfD (49 %) und der Linkspartei (44 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige, Gutverdiener und formal höher Gebildete (jew. 62 %) sowie Anhänger der Grünen (65 %), der Union und der SPD (jew. 55 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Formal niedriger Gebildete (68 %), Ostdeutsche, über 60-Jährige und Geringverdiener (jew. 62 %) sowie Anhänger der AfD (88 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Personen mit mittlerem Einkommen (72 %), über 60-Jährige, Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 69 %) und 30- bis 44-Jährige (68 %) sowie Anhänger der Linkspartei (90 %), der Grünen (73 %) und der AfD (68 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

Ostdeutsche (73 %) und 30- bis 59-Jährige (69 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) und der Grünen (69 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

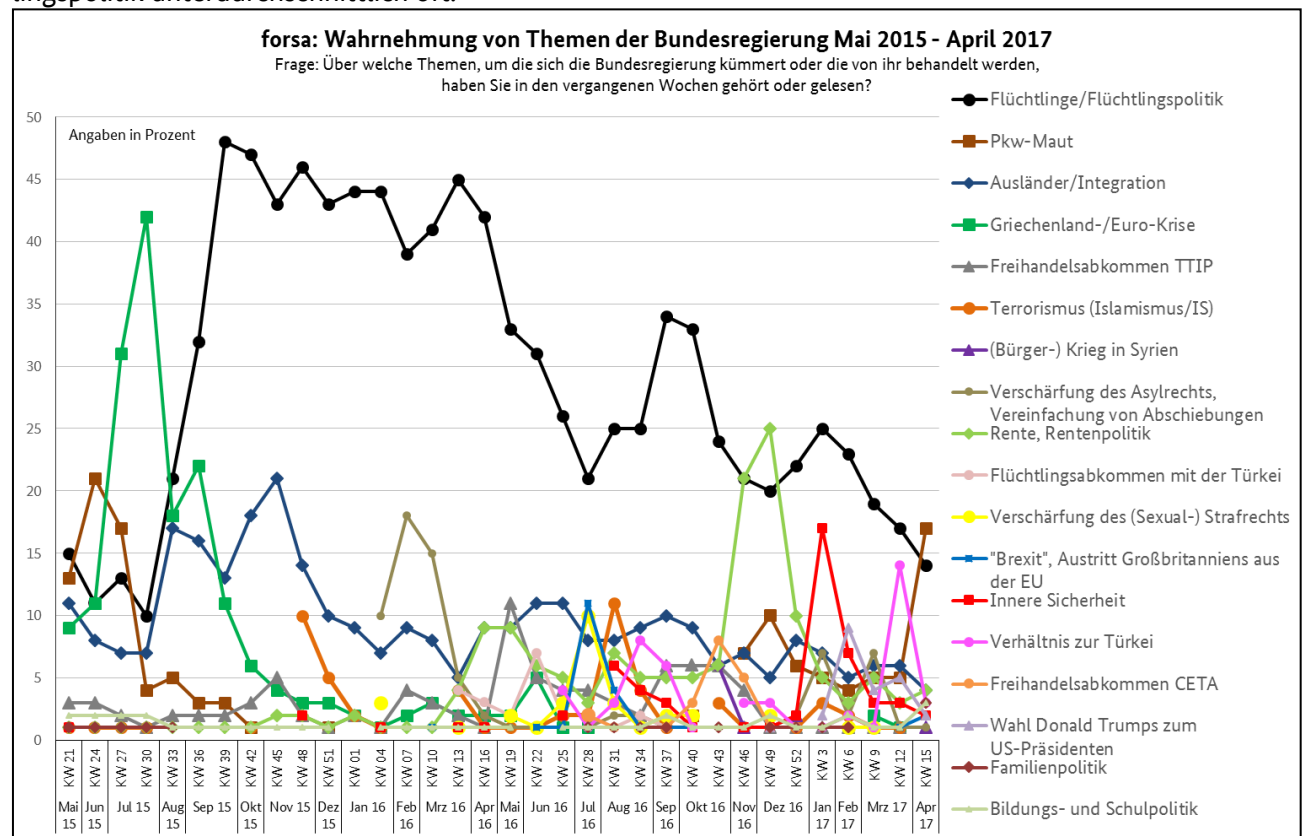
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA
Pkw-Maut	17 (+12)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	14 (-3)
Ausländer/Integration	4 (-2)
Rente, Rentenpolitik	4 (+1)
Familienpolitik	3 (+3)
Verhältnis zur Türkei	3 (-11)
Bildungs- und Schulpolitik	3 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.04.

Die PKW-Maut und die Flüchtlingspolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die PKW-Maut wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (24 %) und der Grünen (22 %) genannt. Gutverdiener nennen dieses Thema häufiger als Geringverdiener (25 % zu 10 %). Unter 30-Jährige (12 %) und Personen mit formal niedrigerer Bildung (11 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Auch die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (20 %) und der Grünen (19 %) genannt. Ostdeutsche (8 %) und Personen mit formal niedrigerer Bildung (7 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	17 (+12)
Giftgasanschlag in Syrien/Raketenangriff der USA	12 (neu)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"	12 (+3)
US-Präsidentschaft Donald Trump	11 (-1)
Anschlag auf den BVB-Mannschaftsbus	9 (neu)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8 (-2)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	7 (-)
Politische Situation in der Türkei (Inhaftierung von Yücel, Pressefreiheit, Erdogan-Wahlkampf)	7 (-6)
Terroranschlag in Schweden	7 (neu)
Erhebungszeitraum	11.-12.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Kriegen, Unruhen und dem Terror in der Welt allgemein. 50- bis 64-Jährige (25 %), Personen mit mittlerem Einkommen (22 %) und Anhänger der AfD (26 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig damit.

Anhänger der Grünen (27 %), der FDP (24 %) und Gutverdiener (18 %) nennen die Giftgasanschläge in Syrien und den Raketenangriff der USA besonders häufig. Unter 34-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als über 60-Jährige (19 % zu 9 %).

Anhänger der Union (19 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig mit dem Bürgerkrieg im Irak und Syrien und der Terrorgruppe "Islamischer Staat".

Anhänger der Grünen (20 %) nennen überdurchschnittlich häufig die US-Präsidentschaft Trumps.

